

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Herausgeber: Amt Norden 2895 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Herausgeber: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1918 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebengefaltene Kompartimentszelle ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das seitgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklameweile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Wittwoch, den 18. Dezember 1918

Nummer 62

Beratung der Soldaten-Forderungen.

Störung oder Förderung?

Die ganze Sachhaltigkeit, das ewige Bremsen, das die Politik der Rechtssozialisten seit der Revolution auszeichnet, spiegelt sich wider in der Art, wie der „Vorwärts“ die wichtigen Vorgänge in der gestrigen Sitzung der A.- und S.-Räte behandelt. Für ihn handelt es sich nicht um die wichtigste aller Fragen, um die Voraussetzung jeder revolutionären Arbeit, um die Frage, wie machen wir für alle Zukunft jeden Versuch unmöglich, die Neuordnung mit unerbittlichen Mitteln zu verhindern. Der „Vorwärts“, der jeden unüberlegten Streich von partakristischer Seite zum verhängnisvollen Ereignis aufbaut, ist plötzlich blind und taub, wenn die revolutionären Soldaten-Forderungen, deren Erfüllung von größter Bedeutung für die Sicherung der Revolution und die endgültige Beseitigung des Militarismus ist. Er hört gar nicht, wenn berichtet wird, daß unter dem Vorwand des Bestehens sehr ernst nehmende Vorbereitungen getroffen werden, die Revolution niederzuwerfen. Für ihn existiert nicht die Sache, er fragt nur über die Formen, jammert über die — „Störung“ des Rätekongresses.

Nun, der „Vorwärts“ maas sich über den „Zwischenfall“ bei keinem Wels beklagen, dessen Vorzeichen immer unüberträglich wird. Aber ist damit für den „Vorwärts“ wirklich alles erledigt, daß er konstatiert, daß einige Soldaten ohne genügende Legitimation in den Saal gekommen sind? Meint er wirklich, daß alles in Ordnung ist, sobald nur für bessere Abperrungsmaßnahmen Vorkehrung getroffen ist?

Der „Vorwärts“ weiß zur Sache selbst nur eins zu sagen: er hat die Kühnheit zu behaupten, daß die Forderungen der Soldaten zur Veratuna gestellt wurden! Was die Soldaten fordern, ist dasselbe, was bei der Organisation der Volkswehr von der Regierung selbst als Prinzip zurunde gelegt ist: die Wahl der Führer durch die Soldaten. Die Disziplin soll eine freiwillige werden; die Soldaten aufhören, blinde Werkzeuge von Offizieren zu werden, zu denen sie kein Vertrauen haben.

Die Forderungen sind aber nicht nur berechtigt, sie sind notwendig angesichts des gegenrevolutionären Verhaltens vieler Offiziere, angesichts vor allem der Taten, die der Geheimbefehl, den Braß verlor, entkült hat. Da ist schleuniges und energisches Vorgehen dringend geboten und die Soldaten werden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihrem Auftreten gelingt, die Versuche, konterrevolutionäre Truppen anzusammeln, ein für allemal zu vereiteln. Um Einzelheiten handelt es sich nicht, aber in allem Wesentlichen vertreten die Soldaten die Sache der Revolution, die zu schirmen oberste Pflicht und Aufgabe der A.- und S.-Räte ist.

Den „Vorwärts“ aber interessieren nicht die Geheimbefehle, nicht der „Wellschuh“, nicht die rebellierenden Offiziere, er wünscht eine bessere Hausordnung, damit so unliebsame „Störungen“ vermieden werden und „Chert“ ist gekränkt, weil sich Braß nicht vorher mit ihm „ins Benehmen gesetzt“ hat! Nein, so geht es nicht und wir hoffen, daß die A.- und S.-Räte sich weder durch formelle Bedenken und durch Fraktionsrückzichten davon werden abhalten lassen, daß Notwendige zu tun zur Befriedigung unserer Kameraden und zur Sicherung der Revolution. Denn nicht Störung, sondern Förderung der Aufgaben, die den A.- und S.-Räten gestellt sind, bedeutet das Auftreten der Soldaten.

Reichstongreß der A.- und S.-Räte.

(Dritter Tag)

Saus und Tribünen sind wieder hart besetzt. Vorj. Leinert eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 25 Minuten. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß im Sitzungssaal und auf den Regierungsbänken Leute sitzen, die nicht herein gehören. Vor allem allen Kurieren des Volksgenrates anwesend sein. Ich bitte auch die Tribünen, sich jeder Mitwirkung zu enthalten und die Delegierten, die Verhandlungen in größter Ruhe und Sachlichkeit zu führen.

Richard Müller teilt mit, daß die Kuriere zur Verteilung der Druckfachen bestimmt sind.

Die gestern beschlossenen Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung werden einstimmig angenommen. Der Vorschlag „Anträge müssen von den Fraktionen eingereicht werden“, wird gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Es folgt die Beratung der gestern vorgelegten Forderungen der Berliner Soldaten.

Lampel-Hamburg: Wir können die Forderungen der Berliner Kameraden annehmen; in Hamburg geschä daselbe. Aber man kann das nicht im „Wausch und Bogen“ tun. Es ist ein Unterschied zwischen einem schändlichen Leutnant und einem alten Generalstabler. Ich bin der Ansicht, daß wir diese Angelegenheit heute hier erledigen können. Die gestellten Forderungen sind Richtlinien. Die Ausführung muß den Volksbeauftragten im Einverständnis mit den Soldatenräten des Heeres und der Marine unter der Kontrolle des Volksgenrates übertragen werden.

Vor der definitiven Regelung müssen die Vertreter der Ost- und Westfront mit ihren Kameraden Rücksprache nehmen. Der Redner stellt darauf folgenden Antrag:

1. Die Kommandogewalt über Heer und Marine über die Volksgenrat unter Kontrolle des Volksgenrates aus.
2. Als Symbol der Herabsetzung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams werden die Entferrnung aller Rangabzeichen und das Verbot des außerdienstlich Waffentragens angeordnet.
3. Für die Integrität der Truppenliste und für Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, daß die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste der Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderten Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr.

4. Entferrnung der bisherigen Kasse, Unteroffizierkassen usw., Kolonnen, Kessellappen und Seitengewehren ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausferrnungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht.

5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenheils genießen, können wieder gewählt werden.

6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrang sind im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.

7. Die Abschaffung des bestehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

8. Vorstehende Sache sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den 6 Volksgenrat unter Kontrolle des Volksgenrates und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt.

Matrose List-Berlin: Die gestrige Soldatendemonstration ist durch die

Verschleppungsmaßnahmen der Stadtkommandantur veranlaßt worden. Die verantwortlichen Stellen haben alles getan, um die Soldaten zu dem gestrigen Vorgehen zu treiben. Es ist nicht der Fall, wie Landsherg gestern erklärt hat, daß der Ober Ausschuß der Marine die Kommandogewalt an sich gezogen hätte.

Er ist von der gesamten Marine gewählt worden, um im Einvernehmen mit dem Reichsmarineamt die Demobilisation durchzuführen. Beide Staatssekretäre haben die Notwendigkeit der Ueberferrdelung dieses Ausschusses nach Berlin anerkannt. Man sucht nun dem 6. Ausschuß dadurch eins auszuwichen, daß man ihn mit dem „anrühigen“ Volksgenrat in Verbindung setzt. Gegen die Antikön, gegen die Kameraden würde wohl kein Frontsoldat Widerpruch erheben. (Unruhe bei den Soldaten.) Auch die Unteroffiziere haben nichts dagegen eingewendet, daß

die Offiziersrangabzeichen beseitigt werden. Wenn die Truppen ihre Führer selbst wählen, soll damit nicht jeder Offizier verschwinden. Aber diejenigen, die das Vertrauen nicht genießen, müssen fort. Wenn Sie die Neuordnung dem neuen Volksgenrat überlassen, werden unsere Kameraden an den verschiedensten Orten zur Selbsthilfe greifen. Das bedeutet Blutvergießen, denn die Offiziere werden vor den verwegendsten Mitteln nicht zurückschrecken. Die Räteversammlung muß hier etwas Positives beschließen. (Schwacher Beifall.)

Sahn (von der Ostfront): Ich habe den Eindruck, als wenn es sich gehern um eine politische Demonstration handelte. Dagegen müssen wir uns entscheiden verhalten. Auf der einen Seite heißt es: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten, auf der anderen Seite kommt man und setzt uns ein Maschinenengewehr auf die Brust. (Beifall bei den Frontsoldaten und Rufe: Wo ist das Maschinenengewehr?) Wenn es so weiter geht, kommen wir dazu, das was die Berliner Kameraden hier wollen, haben wir an der Front schon längst. (Starker Widerspruch.) Wir sind bedürftig alle Befehle und Verfügungen in ihrer Wirksamkeit der Gegenzeichnung der Soldatenräte. Nicht einmal der berechtigte Leutnant kann Kommandobefehl ausgeben, ohne daß unsere Leute die Gegenzeichnung vornehmen. Vorgesetzte, die zumiderhandeln oder Schwierigkeiten machen, können auf Antrag des Soldatenrates ihres Postens entsetzt werden. Wir haben Offiziere kennengelernt, die die Leute aufgebracht haben, Waggons zu requirieren, um nach Hause zu kommen. Wenn wir nicht sofort aufgepaßt hätten, wären heute in der Ukraine 200 000 Mann auf ein Gebiet verteilt, das größer ist als Deutschland, ohne jeden Offizier. Die Offiziere wären uns einfach davongelaufen. Wir hätten die höchsten Dienststellen mit Grenadiere besetzen müssen. Was von den Berlinern gefordert wird, ist ja garnicht so weltbewegend. Nur die erste Forderung kann ich nicht unterschreiben. Soll damit die Oberste Heeresleitung beseitigt werden? Dem Wante ich nicht zustimmen. (Beifall bei den Frontdelegierten.)

Vorsitzender Leinert teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist: Es soll den Anträgen der Soldaten hinzugefügt werden: Die Kommandogewalt in den Garnisonen liegt in der Hand der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Post-Breslau: Die Forderungen, die hier aufgestellt sind, sind mehr oder weniger im ganzen Reich durchgeföhrt. Man hat andersorts gehandelt, während man in Berlin sehr viel redet und darüber das Gerede vertritt. (Sehr gut!) Wir haben es in Schlesien statt durchgeföhrt, daß kein Offizier irgendwelche Kommandogewalt ausüben kann, ohne von dem Vertrauen der unterstellten Körperschaften getragen zu werden. Die Differenzen beim Grenzschutz haben wir selbst beigelegt, ohne erst die Hilfe der Volksbeauftragten und des Volksgenrates anzurufen. An einigen Stellen wussten wir freilich Gewalt anzuwenden. Das Bild von gestern abend war nicht geeignet, uns in der Welt Respekt zu verschaffen. Das Ganze sah etwas zu sehr nach Gemächtem aus. (Sehr richtig!) Wenn ich den ersten Antrag so auflassen soll, daß der Obersten Heeresleitung ein Soldatenrat zur Seite gestellt wird wie jedem anderen Generalkommando, kann man darüber ohne weiteres debattieren. Aber die Oberste Heeresleitung zu beseitigen, kann ich nicht akzeptieren.

Das würde schwere Gefahren bringen. Der Waffenstillstand ist von der Obersten Heeresleitung abgeschlossen. Würden wir sie durch einen Obersten Soldatenrat ersetzen, dann würden uns Schwierigkeiten von der Entente gemacht werden. Ich schlage vor, die Anträge der Delegierten der Berliner Soldatenräte sofort nach Beerdigung dieses Kongresses mit dem neugewählten Volksgenrat unter Einziehung der Volksgenrat und Einziehung von Vertretern der übrigen Armeekorps und der Fronttruppen zu beraten.

Eingegangen ist folgender Antrag Deher und Genossen: Die Oberste Kommandogewalt liegt in den Händen der Volksgenrat unter Kontrolle des Volksgenrates. In den Garnisonen liegt die Kommandogewalt in der Hand der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Däumig-Berlin: Es ist eine Illusion, daß mit der Revolution auch der Militarismus gerschmettert sei. Sein Baß ist erschütterter, aber sein Geist und ein Teil seiner Organe ist noch sehr lebendig. Man fühlt das sogar in diesem ersten Revolutionsparlament Deutschlands. Die Forderungen der Berliner Soldaten sind weder unzeitig noch unwürdig. Sie sollen ja auch nur für die Uebergangszeit gelten. Später werden wir an die Schaffung einer neuen sozialistischen Heeresorganisation herangehen. Wenn wir in Berlin noch nicht so weit sind wie in anderen Städten, so liegt das an dem Widerstande, den wir bei dem Rat der Volksbeauftragten gefunden haben. Es bereitet sich in der Eile wieder etwas Neues vor. Der vorliegende Entwurf für die Volkswehr armet zum Teil noch den alten militärischen Geist. Es sollen nämlich noch alle Angehörigen der Jahrgänge 1898 und 1899 zurückbehalten werden. Es soll also neben der schönen Barackenvolkswehr noch ein festendes Heer nach altem Muster ge-

Gewerkschaftliches.

Kollektivvereinbarungen.

Über Arbeitsbedingungen der Angestellten.

Auszug aus dem Bericht:

Vor kurzem war auf die Verhandlungen hingewiesen worden, welche der Verband Berliner Metall-Industrieller E. G. und die Arbeitsgemeinschaften der Angestellten-Verbände aufgenommen hatten und bei denen von vornherein vorgeesehen war, zunächst die Beratungen über die Fragen der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, der Kündigung und der Entlohnung bis zum 15. Dezember 1918 zu beenden.

Die inzwischen getroffenen Vereinbarungen haben entsprechend dem grundlegenden Abkommen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden die Wiedereinstellung von Angestellten, die aus dem Heeresdienst entlassen werden, im allgemeinen durch diejenige Firma vor, bei welcher der Angestellte am 1. 8. 1918 beschäftigt war. Die gleiche Bestimmung soll für solche Angestellten gelten, die während des Krieges durch Reklamation oder Kommandierung unmittelbar aus dem Heeresdienst zu einer anderen Firma gekommen sind und infolge Kündigung des jetzigen Arbeitgebers bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ausscheiden müssen. Ausgenommen sind dagegen solche Kriegsteilnehmer, die vor ihrer Einberufung freiwillig die Stellung wechselten; diese sollen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst als Angestellte der letzten Firma angesehen werden. Für die Meldung zur Arbeitsaufnahme beim früheren Arbeitgeber ist eine Frist von 14 Tagen und für die Entlohnung zweifelhafte oder streitige Fälle die Anrufung des Schlichtungsausschusses vorgesehen.

Vor Kündigungen von Angestellten bis zu einer bestimmten oberen Einkommensgrenze und mit Ausnahme von gewissen Sonderfällen ausgesprochen werden, soll während der Uebergangszeit der Angestellten-Ausschuss gehört werden. Für die spätere Zeit bleibt die Regelung dieser Frage weiteren Verhandlungen vorbehalten. Notwendig werdende Entlassungen sollen allmählich und soweit die Verhältnisse es gestatten, nach bestimmten Richtlinien erfolgen. Denjenigen Angestellten, deren Kündigung auf einen früheren Zeitpunkt als den 31. März 1919 erfolgt ist oder erfolgen wird, soll möglichst noch Beschäftigung, auf jeden Fall aber noch Gehalt für einen Monat über den Endtermin der zulässigen Kündigung hinaus gewährt werden, mit Ausschluß solcher Angestellten, die eine andere Erwerbstätigkeit gefunden haben oder die erst während des Krieges eine Berufstätigkeit aufgenommen und Anspruch auf Unterhalt durch ein erwerbstätiges Familienmitglied haben. Den wiederangeestellten Kriegsteilnehmern darf nicht früher als auf den Schluss des 6. auf die Wiedereinstellung folgenden Monats gekündigt werden, sofern nicht ein wichtiger Grund nach H. G. B., §. 6, D. O. B. G. B. vorliegt oder der Schlichtungsausschuss die Kündigung als berechtigt anerkennt.

Die Kriegsteilnehmer sind mit dem vor ihrem Austritt bezogenen Gehalt zusätzlich derjenigen Erhöhungen wieder einzustellen, die während der Dauer ihrer Einziehung den Dabeingebliebenen für die gleiche Art der Beschäftigung als Gehaltserhöhung, Kriegs- und Teuerungszulage durchschnittlich bewilligt worden sind. Da die Bezüge der Angestellten während des Krieges vielfach nicht in demselben Maßstab gestiegen sind wie die Löhne der Arbeiter, wird die Forderung der Angestellten auf Zahlung einer Summe als einmalige Wirtschaftshilfe grundsätzlich als berechtigt anerkannt. Es wird deshalb von den Firmen, die wirtschaftlich dazu in der Lage sind, erwartet, daß sie je nach ihren Verhältnissen eine solche Beihilfe, und zwar spätestens bis zum 24. Dezember 1918 leisten, soweit nicht entsprechende Zahlungen bereits erfolgt sind. Vereinbarungen über die Höhe der Beihilfen sind durch Verhandlungen der Firmen mit ihren ordnungsgemäß gewählten Angestellten-Ausschüssen zu treffen, wofür bestimmte Richtlinien empfohlen werden. Kriegsteilnehmer sollen den Dabeingebliebenen gleichgestellt werden.

Die jetzt bestehenden Kriegs- und Teuerungszulagen werden fortgesetzt bis eine wesentliche Milderung der Teuerung eingetreten ist. Der Abbau wird unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist durch die paritätische Kommission gesehen und die Kündigung, auch wenn keine Einigung erzielt werden sollte, frühestens am 30. April 1919 erfolgend.

Weitere Verhandlungen über sonstige Fragen der Entlohnung im besonderen über die Festlegung von Mindestgehältern für die einzelnen Kategorien von Angestellten, schließen sich in der paritätischen Kommission an.

Unterschiedet sind die Vereinbarungen:

Für den Verband Berliner Metall-Industrieller von den Herren: C. Fr. von Siemens, Dr. H. Gruber, Dr. Paul Meyer, Dr. H. Prietis, Dr. R. Waldschmidt.

Für die

Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände von Herrn Tesdor.

Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände von den Herren Hennig und Thiel.

Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände von Herrn Kaufmann.

Arbeitsgemeinschaft weiblicher Verbände von Frä. Meinel.

M. T. B.

Differenzen in der H. G. B. Henningsdorf beigelegt. Die Arbeiterschaft (ca. 9000) und die Angestellten (ca. 1000) der H. G. B. Fabriken Henningsdorf haben sich, infolge der Weigerung der General-Direktion mit dem Arbeiter-Ausschuss wegen Lohnfragen zu verhandeln, gezwungen, die Arbeit am 12. und 13. Dezember 1918 ruhen zu lassen. Durch Vermittlung eines Beauftragten des Volkswirtschaftsrat wurde die General-Direktion am 14. Dezember mit den Arbeiter-Vertretern an den Verhandlungstisch und trotz nachfolgender Vereinbarungen: Es haben vom Montag, den 9. Dezember 1918 folgende Lohnsätze Geltung:

20 Proz. für Löhne von M. 0,55 bis M. 1,37 je Stunde

15 Proz. für Löhne von M. 1,37 bis M. 1,85 je Stunde

10 Proz. für Löhne von M. 1,85 bis M. 2,35 je Stunde

5 Proz. für Löhne von M. 2,35 bis M. 2,85 je Stunde

Löhne unter M. 0,55 werden auf M. 0,55 erhöht; für sie kommt dann ebenfalls noch der Zuschlag von 20 Proz. in Frage. Löhne über M. 2,85 bleiben unberücksichtigt. Akkordlöhne werden, so sie sich augenblicklich noch nicht bestimmen lassen, von einer Arbeitskommission, bestehend aus einem praktischen und einem technischen Arbeiter, festgesetzt. Bis zur geschlichen Festlegung der verkürzten Arbeitszeit wird die Umstellung der Betriebe entsprechend vorbereitet. Dieser Erfolg der Verhandlungen befreit die Arbeiterschaft nicht. Aber im Hinblick auf die schwere Not des Landes, auf die jetzt vor sich gehenden politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen und aus der Erkenntnis heraus, daß die junge Republik für die wir bereit sind, Gut und Blut zu opfern, nur begünstigt werden kann, wenn die Revolution nicht in eine Lohnbewegung ausartet, hat die Arbeiterschaft unter Abberückung folgenden Protestes die Ergebnisse der Verhandlung angenommen: Die Arbeiterschaft der H. G. B. Fabriken Henningsdorf erhebt entschieden Protest gegen die wegen ihrer geringfügigkeit sie beschämenden Angehörnisse der General-Direktion, im besonderen gegen die minimalen Aufbesserungen der gering Entlohneten. Sie vermissen bei der General-Direktion das Bestreben, im Verein mit der Arbeiterschaft den von der alten Regierung heraufbeschworenen drohenden Verfall von Staat und Wirtschaft aufzuhalten. Sie erkennen, daß sich die verantwortliche Leitung der H. G. B. wenig von den westlichen Großindustriellen unterscheidet.

Indem die Arbeiterschaft die Arbeit wieder aufnimmt, wird sie dieses Verhalten der General-Direktion in den schwersten Stunden unserer jungen Republik nicht verzeihen.

Ausdehnung des weisfälligen Bergarbeiterstreiks.

Wie der Essener A. und S.-Rat mitteilt, hat der Streik von den Samsbörner Becken aus auch auf den Bezirk von Gladbeck und Bottrop übergegriffen. Der Bottroper A. und S.-Rat hat die Hauptabfuhrer, die von Becke zu Becke zogen und teilweise mit Gewaltanwendung die Belegschaft zum Aufbruch zwang, verhaftet. Daraufhin hat die Menge den Vorständen des A. und S.-Rates mißhandelt und fortgeschleppt. Der Essener A. und S.-Rat wurde zur bewaffneten Hilfeleistung gebeten. Es gelang diesem durch Verhandlungen, weitere Ausschreitungen, insbesondere Zerstörungen der Zehnanlagen, zu verhindern. Lediglich auf den Müller-Schächten in Gladbeck kam es zu schweren Ausschreitungen. Bei dem Sturm der Volksmenge auf das Zehngengebäude wurden durch Gewehr- und Maschinengewehrsfeuer 6 oder 7 Personen verwundet; eine Person ist inzwischen gestorben. Auch hier sollen morgen Verhandlungen beginnen. Zerstörungen konnten ebenfalls verhindert werden.

Beigelegter Streik.

Nach einer Meldung aus London ist der Streik in der Baumwollindustrie in Lancashire so gut wie beigelegt. Die Arbeit wird noch vor Weihnachten aufgenommen werden. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent auf die Standardlöhne.

Groß-Berlin.

Einst und Jetzt.

Eindrücke im Abgeordnetenhaus. Die Szene hat sich völlig geändert, seitdem vor der blutigen Tragödie des preußisch-deutschen Militarismus der Vorhang gefallen ist und der erste Akt der Revolution über die Bühne der deutschen Geschichte geht. Nur die äußere Kulisse ist stehen geblieben. Hinter den starren, ausdruckslosen Mauern des Reichstageshauses, das noch vor wenigen Wochen die trostlose Hochburg des preußischen Feudalismus gewesen, tobt jetzt die Reichskongress der A. und S.-Räte, das Revolutions-Parlament des deutschen Volkes. Die Fassade steht noch so, wie sie in den düsteren Tagen der konterrevolutiv-nationalliberalen Herrschaft gestanden hat. Aber diese Herrschaft ist nicht mehr. An demselben bürokratisch-fürstlichen Sitzungssaal, in dem einst Junker und Schlotbarone ihre anmaßenden und wütenden Anträge gegen das freiere aufstrebende Proletariat gerichtet haben, gebietet jetzt — ein ironischer Szenenwechsel der Geschichte — die Repräsentanten des siegreichen Proletariats, beleitet von dem Geiste der Revolution und erfüllt von ihren großen Aufgaben. Einmalig ireizten sich auf diesen Bläuen, auf dieser Rednertribüne, sicher und behaglich, die feudalen Freiherren und Grafen, die Herren vom Bund der Landwirte und die feisten Ritter der rheinisch-weisfällischen Schwerindustrie. Hier benahmten sie sich „ganz wie zu Hause“, fühlten sich so wohl, wie auf ihren Ritterhöfen und in ihren Kollenskontoren und traten im Bewußtsein einer gesicherten Mehrheit und einer garantierten Herrschaft so ungeübt als nur möglich auf. Hier machten sie ihre Politik lautstarker Reaktion gleichsam in Gemächeln. Sie dachten gar nicht daran, aus ihrem Herzen eine Rodergrube zu machen, sondern sprachen ihren Haß gegen diejenigen, die sie unterdrückten und ausbeuteten — den bösen Haß der Herrschenden — laut und unbehindert aus. Sie, die Deutschland in den finsternen Abgrund des Krieges stürzten, sind durch die siegreiche Revolution jetzt selbst in den Abgrund hinabgeschleudert worden.

Aber aus ihm erhob sich siegend die Revolution; und auf den Bläuen der gestürzten Herren von gestern sitzen diejenigen, gegen die sich ihr blinder Haß und ihre froche Verachtung richtete, um die junge Freiheit Deutschlands gegen die hinterhältigen Angriffe der noch nicht völlig zerschmetterten Führer der Reaktion zu sichern.

Nicht mehr verflücht von der Rednertribüne herab der zungengewaltige Dietrich Böhm die maßlosen Schutzforderungen des ostböhmerischen Großgrundbesitzes, Herr v. Hedenbraun, der ungekrönte König von Preußen, hat gleich seinem gekrönten König, sein junkerliches Reich verloren; und auf dem Präsidentenstuhl, von dem zuvor Graf Schwerin-Löwis seine zahlreichen Ordnungsrufe gegen die sozialistische Opposition schanderte, sitzt jetzt die sozialistische Opposition selbst. Von dieser revolutionären Verjüngung sind alle jene „politischen Verbrecher“ ausgeschlossen; sie müssen sich gedulden und versuchen, sich in die Nationalversammlung einzuschleichen. Aber ihrer sind gering.

In dem einst so trauischen Heim der Reaktion hat sich die Revolution niedergelassen. Von dem Dach des Abgeordnetenhauses flattert stolz und fröhlich die rote Fahne der Revolution und auf der ehemaligen Ministerbank, von der vor Jahr und Tag der Herr von Dalkow mit lässlich stehender Stimme seine reaktionären Unverschämtheiten offenbarte, sitzen heute die Volksbeauftragten vor dem Tribunal der A. und S.-Räte.

Witten im Zentrum des sieberhaften Verkehrs ragt das Parlament, dort, wo die Menschen sich in dichten Scharen auf belebten Straßen drängen und in die Warenhäuser strömen, Wagen und Bahnen rasen, dort, wo das Blut der Großstadt in jähneln Schlägen pulsiert — einst wie ein harter Feis, an dem sich diese Blut des wirtschaftlichen Lebens brach, an dem brutalen Willen der Junker, die gegen die Entwicklung demonstrieren — jetzt aber, in vollendetem Gegensatz zum Gesträ, der Ausbruch der siegreich fortschreitenden Richtung dieser Entwicklung, zur Befreiung von den Mächten, die hier geboten, und zum Sozialismus.

Einschränkungen im Reiseverkehr.

Ueber neue bevorstehende Einschränkungen im Eisenbahnverkehr machte Unterstaatssekretär Franke gestern folgende Mitteilungen: Die überaus schweren Waffenstillstandsbedingungen unserer Feinde, die am 11. Dezember nicht eingehaltenen Fristen des Waffenstillstandes, hatte die Festlegung neuer Fristen für die Ablieferung der 500 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen zur Folge. Trotzdem seit Beginn des Waffenstillstandes, nach Abzug der in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Gefangenen dort rund 18 000 Eisenbahnarbeiter mehr eingestellt wurden, war es nicht möglich, die erforderlichen Lokomotiven in den übergabefähigen Zustand zu versetzen. Den Eisenbahnarbeitern,

deren Leistungen anfangs hinter den normalen Leistungen zurückgeblieben waren, wurden erhöhte Löhne garantiert, die stündliche Arbeitszeit gewährt, so daß nunmehr die Leistungen in den Werkstätten einige Besserung aufweisen. Nicht nur die Eisenbahnwerkstätten sind mit der Reparatur des überaus abgewirtschafteten Eisenbahnmateriale beschäftigt, vielmehr wurde auch die Privatindustrie in größtmöglichem Umfang zur Ausbesserung von Lokomotiven und Wagen herangezogen. Das peinlich genaue Arbeiten der feindlichen Abnahmekommission machte jedoch besonders peinliche Instandsetzung der Eisenbahnfahrzeuge notwendig. Die nunmehr festgesetzte Frist zur Ablieferung der Fahrzeuge, die am 16. Januar abläuft, darf nicht wieder überhöht werden, da bis zu diesem Zeitpunkt neben den großen Transporten an Kriegsgefangenen nach der Grenze auch die Ablieferung der Fahrzeuge vor sich gehen muß, wobei von 10 zu 10 Tagen laufende Unterzügen genau eingehalten werden müssen, wird eine weitere Einschränkung des gesamten öffentlichen Verkehrs, Personen- wie auch Güterbeförderung, notwendig. Das Gerücht der gänzlichen Einstellung des Personenverkehrs ist übertrieben. Dagegen werden vom 20. d. Mts. ab die jetzt noch verkehrenden Personen- und Schnellzüge um die Hälfte eingeschränkt. Damit bei einer derartigen durchgehenden Einschränkung des Verkehrs die unumgänglich notwendigen Reisen ausgeführt werden können, werden in den auswärtigen Direktionen Reiseerlaubnischeine eingeführt. Von diesen Scheinen ist der Verkauf der Fahrkarten abhängig. Den Reiseerlaubnischeinen auch im Berliner Direktionsbezirk einzuführen, ist noch nicht beschlossen, weil eine derartig einschneidende Beschränkung des Verkehrs für Berlin besonders umständlich wäre. Sollte jedoch der Reiseverkehr von den Berliner Fernbahnhöfen die sonst übliche Ausdehnung annehmen, so wird auch in Berlin mit der Einführung von Reiseerlaubnischeinen gerechnet werden müssen. Mit Rücksicht auf den Berufsverkehr soll der bereits mehrfach beschränkte Vorortverkehr nicht weiter eingeschränkt werden. Im Güterverkehr sind Beschränkungen kaum noch möglich. Es fahren jetzt neben den Transportzügen für die heimkehrenden Krieger fast ausschließlich Kohlen- und Nahrungsmitteltransporte, von deren weiterer Beförderung die gesamte Ernährung der Städte, insbesondere der Großstädter abhängt. Die lange dieser Zustand anhalten wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen; jedenfalls wird vor Mitte Januar eine Besserung nicht zu erwarten sein. Späterhin wird der Verkehr sich danach richten in welchem Umfang die Industrie aufleben wird. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die durch den Waffenstillstand entstehende Lücke im Wagenpark der Eisenbahnverwaltung durch Neubauten in kurzer Zeit wieder ausgefüllt werden kann.

Soldaten prügeln die Verkäuferinnen der „Freiheit“.

Wir müssen abermals die Erfahrung machen, daß bei den Wachmannschaften am Eitlinger Bahnhof eine starke Vorzignommenheit gegen unser Blatt besteht, die anscheinend von irgend einer Seite systematisch genährt wird. Aus einem Vorfall, der sich vorgestern im Wartesaal 4. Klasse abspielte, geben wir den Schluß, daß der Unwille einiger Wachmannschaften gegen unser Blatt auf die politische Haltung der „Freiheit“ zurückzuführen ist. Dieser Jörn gegen uns trieb so, gestern einen Soldaten, der im Wartesaal mit dem Porträmen leserer Wäcker beschäftigt ist, zu Tätlichkeiten größter Art gegen eine unserer Zeitungsverkäuferinnen. Wir begnügen uns mit dieser Feststellung und enthalten uns einstweilen jeder Entrüstung. Es ist wahrscheinlich, daß sich die Gerichte noch mit der Angelegenheit beschäftigen werden.

Zur Bewachung der Kriegsgefangenen werden noch weitere Wachmannschaften eingestellt. Alle diejenigen Mannschaften, die noch kurze Zeit im Heeresdienst bleiben wollen, können sich bei der Inspektion der Gefangenenlager im Bereich des III. Armeekorps Berlin W. 10, Genthinerstraße 40 von 9-11 Uhr vorm. melden. An Wohnung wird 1 Mark und 4 Mark Zuschlag pro Tag mit freier Verpflegung bewilligt.

Lichtenberg. In unserer Notig „Auch ein Arbeitervertreter“ wird uns mitgeteilt, daß die Sachlage eine andere ist, als in der abgedruckten Zuschrift dargelegt. Die Angelegenheit liegt danach wie folgt:

Der Magistrat hatte infolge einer Petition der Beamten, Angestellten und Hilfsboten an die Volksbeauftragten die Anträge gestellt, wie sich dieselben zur Bewilligung einer einmaligen Teuerungszulage, in derselben Höhe wie die im Oktober bewilligt, verhalten.

In der Besprechung der Volksbeauftragten wurde nun in erster Linie der Standpunkt vertreten, diese Teuerungszulage in Rücksicht auf den schlechten Stand der Lichtenberger Stadtfinanzen vollständig abzulehnen. Hingewiesen wurde noch auf die einretende Arbeitslosigkeit, und die Kollage der Kriegerwitwen und -Waisen. Nach längerer Verhandlung, in der unter anderem Jörn darauf hinwies, daß wir doch nicht alles ablehnen könnten, einigten sich dann die Volksbeauftragten zu dem einstimmig gefaßten Beschluß zur Bewilligung von 50 Prozent. Dieser Beschluß wurde dann dem Arbeiter- und Soldaten-Rat der Kommune Lichtenberg vorgelegt. Hier wurde er zunächst fast einstimmig abgelehnt. Den Volksbeauftragten gelang es erst nach längeren Verhandlungen, in der sie sich mit aller Energie für ihren Beschluß einsetzten, die Zustimmung vom A. und S.-Rat zu erhalten für 50 Prozent der vorigen einmaligen Teuerungszulage einzutreten.

Kostbararbeiten in Wilmersdorf. Der schon vor dem Kriege beschlossene Bau eines Krematoriums auf dem Friedhof in Wilmersdorf wird jetzt zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit ungenügend in Angriff genommen werden. Mit den Ausschachtungsarbeiten wird in den nächsten Tagen begonnen. Außerdem Krematorium wird eine Leichenhalle, ein Beerdigungsaal und eine Leichenhalle gebaut werden.

Der Berliner Schwimmverein „Welle“ veranstaltete am Sonntag, den 15. Dezember im Stadthaus Neukölln sein 23. Schwimmfest. Vor einem fast überfülltem Hause wurde um 8 Uhr das Schwimmen durch einen von 16 Damen geschwommenen Reigen eröffnet. Das Fest fand seinen Abschluß durch einen von 80 Mitgliedern geschwommenen elektrischen Sampsonreigen, der durch einen Prolog eingeleitet und durch eine Gruppe, die „Freiheit“ darstellend, seinen Abschluß fand.

Aus aller Welt.

Schweres Unglück durch Granaterplosion.

Bahnhof, 17. Dezember. Einem gräßlichen Unglück fielen drei Schüler und ein Bahnbeamter zum Opfer. Auf dem Gelände des alten Bahnhofs fanden drei Schüler eine Granate an der sie herumspazierten. Das Geschloß explodierte. Die Schüler wurden in Stücke gerissen und der Bahnbeamte durch Splitter am Kopf so schwer verletzt, daß er verstarb.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Reitzel, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindenbrücker und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 10.